

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meißen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff, sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

Kolossalblatt für Wilsdruff.

Altanneberg, Lützenhain, Blankenstein, Braunsdorf, Dürhardtswalde, Großsch, Grumbach, Grund bei Mohorn, Helbigsdorf, Herzogswalde mit Landberg, Döhndorf, Kaufbach, Kesselsdorf, Kleinschönberg, Klipphausen, Kamperdorf, Simbach, Bogen, Mohorn, Münzig, Neufkirchen, Neutanneberg, Niederwartha, Oberhermsdorf, Bohredorf, Röhrsdorf bei Wilsdruff, Reisch, Rothschönberg mit Perne, Sachsdorf, Schmiedewalde, Sora, Steinbach bei Mohorn, Seeligshaus, Spechtshausen, Taubenheim, Unterkorsdorf, Weistropf, Wildberg.

Erscheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstags, Donnerstags und Sonnabends. — Bezugspreis vierteljährlich 1 Mt. 30 Pf., durch die Post bezogen 1 Mt. 54 Pf. Inserate werden Montags, Mittwochs und Freitags bis spätestens Mittags 12 Uhr angenommen. — Inserationspreis 15 Pfg. pro viergespaltene Corpusszeile.

Print und Verlag von Martin Berger in Wilsdruff. — Verantwortlich für die Redaktion Martin Berger selbst.

No. 20.

Dienstag, den 18. Februar 1902.

61. Jahrg.

Von verschiedenen Schulvorständen des hiesigen Bezirks wird die unterm 21. April 1882 auf Grund einer Verordnung des königlichen Ministeriums des Cultus und öffentlichen Unterrichts erlassene Verfügung der unterzeichneten königlichen Bezirksschulinspektion, betreffend die Wahl eines Bevollmächtigten seitens der Schulvorstände zur Empfangnahme der an diese durch die Post gelangenden Wertsendungen usw., nicht gehörig beachtet. Zur Vermeidung der hierdurch oft entstehenden unliebsamen Weiterungen wird den Schulvorständen die genaue Befolgung obenzuhabender Verfügung mit dem Veranlassen eingeschärft, beim Ausscheiden des bisherigen Bevollmächtigten unverweilt eine Neuwahl vorzunehmen und für sofortige Hinterlegung einer Vollmacht für den Gewählten, welche gemäß § 27 Abs. 5 des Volksschulgesetzes von dem Vorsitzenden und noch zwei anderen Mitgliedern des Schulvorstandes unter Beibringung des Schulvor-

stands-Siegels unterzeichnet sein muß, nach erfolgter Legitimation der Mitglieder durch die unterzeichnete königliche Bezirksschulinspektion, bei der betreffenden Bestellpostanstalt zu hinterlegen.

Königliche Bezirksschulinspektion Meißen, am 7. Februar 1902.
163 C. Dr. Gelbe. Arbch.

Freitag, den 21. Febr. 1902, Vormittags 10 Uhr, sollen im Hofe des hiesigen königlichen Amtsgerichts 1 Tafelwagen, 1 Schlitten versteigert werden.

Wilsdruff, den 10. Februar 1902.

Der Gerichtsvollzieher des königlichen Amtsgerichts.

Politische Rundschau.

Der Kaiser trat am Freitag Abend in Schloß Hubertuskloster zu einem kurzen Jagdausflug ein. Vor seiner Abreise von Berlin hatte der Monarch u. A. die hervorragendsten Persönlichkeiten im Gefolge des Prinzen Heinrich auf dessen Reise nach Amerika, den Staatssekretär des Reichsmarineamtes Admiral v. Tirpitz, den Generaladjutanten v. Blossen, sowie die Flügeladjutanten Kapitän z. S. v. Müller und Korvettenkapitän v. Grumme, empfangen.

Prinz Heinrich, der Bruder unseres Kaisers, hat am Sonnabend Nachmittag mit dem Dampfschnellzug „Kronprinz Wilhelm“ seine Reise nach Amerika von Bremerhaven aus angetreten, auf welcher ihr die herzlichsten Wünsche des deutschen Volkes geleitet. Sieht doch von der Fahrt des Prinzen Heinrich nach den Vereinigten Staaten zu erwarten, daß sie über ihren repräsentativen Zweck, der Vertretung Kaiser Wilhelms durch seinen Bruder beim Stapellauf der auf einer New-Yorker Werft gebauten neuen kaiserlichen Yacht, hinaus bedeutungsvolle und erfreuliche Ergebnisse in der Richtung einer Stärkung der vielfachen und langjährigen engen Beziehungen zwischen Deutschland und der Union zeitigen werden. Die auszeichnende Aufnahme, welcher der erlauchteste deutsche Gast vor Allen in New-York und Washington harrt, kann gewiß zu der Hoffnung berechtigen, daß der Besuch des Prinzen Heinrich auf amerikanischer Erde diesen Erwartungen entsprechen werde, und in dieser frohen Zuversicht sendet Deutschland dem hohen Reisenden innige Abschiedsgrüße auf seiner Fahrt gen Westen nach — möge ihm eine glückliche Heimkehr beschieden sein!

Der Reichstag erledigte am Freitag den Etat des Reichspostamtes von Titel 1 „Schalt des Staatssekretärs“ der Ausgaben bis zum Ausgabemittel „Oberpostassistenten“, über welchen die Abstimmung einstweilen verschoben wurde. Im Verlaufe der sich in sehr ruhigem Geleise bewegenden Debatte wurden von allen Seiten Wünsche und Ausstellungen zum vorliegenden Postetat geäußert. So plaidierte Abg. Hug (Str.) für eine bessere Regelung der Wohnungsgeldzuschüsse, Abg. Müller-Reimingen (fr. Bp.) wünschliche Verbesserungen in den telephonischen Verbindungen Thüringens mit Süddeutschland und im Postverkehr zwischen Deutschland und der Schweiz, Abg. Reich (Soz.) trat für eine Verminderung der Dienstzeit der Postassistenten und für eine größere hygienische Fürsorge für die Postunterbeamten ein und Abgeordneter Siedler (Christl.-Soz.) verwendete sich zu Gunsten einer Aufbesserung der Wohnungsgelder der Postbeamten, einer Erhöhung des Anfangsgehaltes der Landbriefträger und einer weiteren Einschränkung des Sonntagsdienstes. Außerdem berührte er noch die schon in der vorangegangenen Sitzung zur Sprache gelangte Angelegenheit der Öffnung deutscher Transitbriefe durch die Postbehörden in Kapstadt. Staatssekretär Staacke erwiderte verbindlich und höflich auf all die vorgebrachten Wünsche und Hoffnungen. Dazwischen sprach sich der bayerische Centrumsabgeordnete v. Hertling mit Entschiedenheit für die Aufrechterhaltung der Postreferatrechte Bayerns aus. Nach weiterer Diskussion über dies und das fand dann zunächst Titel 1 Genehmigung, worauf eine größere Anzahl weiterer Titel fast debattelos Annahme fanden. Dagegen erhob sich bei Titel 22, welcher 46475400 Mk. an Gehältern für die Oberpostassistenten u. s. w. verlangt, eine längere Debatte, welche hauptsächlich

durch den vom Abgeordneten Wiener begründeten Antrag der freikämpfigen Volkspartei veranlaßt wurde, die Zahl der Poststellen um 1000 zu vermehren und die Etatsforderung in Titel 22, um 1200000 Mk. zu vermehren. Schatzsekretär v. Tzieltmann bekämpfte den Antrag, indem er erstlich auf die ungünstige Finanzlage des Reiches hinwies und zweitens dem Reichstage das Recht zur Erhöhung der Etatsforderungen bestritt. Diese Anschauung des Staatssekretärs wurde von mehreren Abgeordneten als unbedeutend charakterisiert, während andere Abgeordnete mehr eine vermittelnde Stellung einnahmen. Schließlich zog Abg. Wiener den genannten Abänderungsantrag zurück und verwandelte ihn in eine bloße Resolution. Am Sonnabend setzte das Haus die Postdebatte fort. — Am Sonnabend führte der Reichstag die Beratung des Postetats zu Ende. Im Allgemeinen verlief die Debatte sehr ruhig und ohne sonderliches Interesse; die einzelnen Anträge fanden fast unverändert Genehmigung. Hierauf genehmigte der Reichstag noch die Etats der Reichsdruckerei, des allgemeinen Pensionsfonds und des Reichsmilitärgerichts. Am Montag trat das Haus in die Beratung des Militäretats ein.

Im Reichskanzlerpalais waren am Sonnabend Vormittag die Mitglieder des preussischen Staatsministeriums zu einer vertraulichen Besprechung unter Vorsitz des Reichskanzlers und Ministerpräsidenten Grafen Bülow versammelt. Man nimmt an, daß es sich hierbei um das zwischen dem Centrum, den Conservativen und den Nationalliberalen vereinbarte Compromiß betreffs der künftigen Getreidezölle gehandelt habe, zumal dieser Ministerkonferenz auch die Staatssekretäre des Reichsschatzamtes und des auswärtigen Amtes beizuhöhen.

Die längst brohende Krisis in der Zolltarifkommission des Reichstages ist endlich zum offenen Ausbruch gekommen, in der Freitagssitzung der Kommission legte deren Vorsitzender, der freiconservative Abgeordnete v. Kardorff, nach lebhaften Auseinandersetzungen mit den freikämpfigen und sozialdemokratischen Kommissionsmitgliedern über seine Befugnisse sein Amt nieder. Inwiefern dieser bedauerliche Zwischenfall die weiteren Verhandlungen der Kommission etwa beeinträchtigen wird, muß einstweilen dahingestellt bleiben.

Berlin, 15. Febr. Die Abendblätter bestätigen, daß ein Theil der Mitglieder der Zolltarifkommission vereinbart habe, einen Compromißantrag einzubringen, wonach der Minimalzoll für Weizen auf 6 Mark, für Roggen, Hafer und Gerste auf 5 1/2 Mark, der Maximalzoll für Weizen auf 7 1/2 Mark, für Roggen, Hafer und Gerste auf 7 Mark zu erhöhen ist. — Die „Germania“ begrüßt den Antrag und bemerkt, die Vereinbarung sei durch einen Vertrauensmißbrauch bekannt geworden; das Centrum werde am 18. Febr. dazu Stellung nehmen.

Berlin, 15. Febr. Zum Zollcompromiß schreibt die „Deutsche Tagesztg.“: „Daß der Compromiß, lediglich an sich betrachtet, uns nicht im Mindesten genügt, brauchen wir nicht besonders zu sagen. Stellung nehmen können wir erst dann, wenn der ganze Tarifentwurf uns so vorliegt, daß ein allgemeines Urtheil möglich ist. Dies ist erst nach Beendigung der ersten Lesung in der Kommission möglich, bis dahin bleiben wir bei den Forderungen des Bundes der Landwirthe, deren sachliche Begründung über allen Zweifel erhaben ist, unbedingt stehen. Was aber den Compromißvorschlag anbelangt, so ist er schon des-

wegen an sich unannehmbar, weil er noch hinter den Mindestforderungen des Ausschusses des deutschen Landwirtschaftsraths und der ständigen Commission des Bundesökonomiecollegiums zurückbleibt.“

Ein Reichs-Defizit von 70 Millionen Mark. Unter dieser Ueberschrift lesen wir in der freisinnigen Zeitung des Abg. Eugen Richter: „Das Reichsschatzamt hat soeben der Budgetcommission des Reichstages eine Berechnung des möglichen Ergebnisses des Reichshaushaltes für das mit dem 31. März ablaufende Rechnungsjahr 1901 überreicht. Die Berechnung ist aufgestellt nach den Schätzungen der einzelnen Verwaltungen unter Zugrundelegung der Dezember-Abchlüsse. Aus dieser Berechnung ergibt sich nun, daß der eigene Reichshaushalt mit einem Fehlbetrag von rund 51 Millionen abzufallen wird. Dazu werden die Ueberweisungssteuern für die Einzelstaaten gegen den Voranschlag 18 Millionen weniger ergeben. Ein Defizit in solchem Betrage ist noch nicht dagewesen, so lange das Reich besteht. Freilich hat es seit den Gründerjahren vor bald einem Menschenalter nicht ein so miserables Jahr gegeben, wie 1901.“

Aus Barcelona in Spanien werden neue Arbeiterunruhen gemeldet. Es kam zu wiederholten Zusammenstößen mit der bewaffneten Macht. Die bittere Noth, die in der breiten spanischen Bevölkerung herrscht, läßt es schwer empfinden, daß die Feierlichkeiten aus Anlaß der Regierungsumkehr durch den jungen König Alfonso mit außerordentlichem Prunk gefeiert werden sollen, es werden Uarufen von größerem Umfange befürchtet, das monarchische Gefühl der Spanier ist bekanntlich in den letzten Jahren sehr tief gesunken.

Prinz Johann Georg von Sachsen trat als Vertreter seines erlauchten Oheims, des Königs Albert, am Sonnabend Nachmittag 1/2 Uhr zu einem offiziellen Besuche des großherzoglichen Hofes in Weimar ein. Der Großherzog empfing seinen hohen Gast auf dem Bahnhofe und fuhr mit ihm dann nach dem Schlosse. Im Verlaufe des Nachmittags besuchte der Prinz in Begleitung des Großherzogs das Goethehaus und das Goethe-Schiller-Archiv.

In einem Theile der Newyorker Presse giebt sich Entrüstung gegen England wegen der durch den Zwischenfall mit dem Botschafter Poincefote aufgedeckten zweideutigen Rolle Englands im spanisch-amerikanischen Konflikt kund. Die heftigsten Freundschaftsbetheuerungen Englands gegenüber der Union werden von „World“, „Journal“, „Mail and Express“ etc. infolge dieser Enthüllungen scharf gekennzeichnet, während die Haltung Deutschland und des Kaisers Wilhelm persöhnlich warmes Lob erfährt.

Der Transvaalkrieg.

Der neue englische Militäretat denkt noch lange nicht an die Verminderung der auf 200000 Mann veranschlagten Truppen auf dem südafrikanischen Kriegsschauplatz. Also trotz aller Hochhäuser! Ja, es ist keine angenehme Aufgabe, weiter zu arbeiten mit solcher Macht, nachdem vor Monaten bereits nur noch von ein paar Banden gesprochen wurde. An Lord Kitcheners großem Kesseltreiben wird jetzt in Londoner Zeitungen bereits bitterböse Kritik geübt, nachdem die Heeresverwaltung hat eingesehen müssen, sie wisse gar nicht, wohin Dewet selbst eigentlich gekommen sei. Es ist furchtbar gefaßt worden, aber die englischen